

Datum: 19.10.2017
Telefon: 0 233-47370
Telefax: 0.233-47964

Referat für Gesundheit
und Umwelt
Gesundheitsberichterstattung
RGU-GVO-Stab-GBE

dmuenchen.de

Mitzeichnung der Beschlussvorlage Nr.14-20 / V 10118 'Armutbericht 2017' des Sozialreferats

An das Sozialreferat
Frau Schiwy, berufsmäßige Stadträtin

Sehr geehrte Kollegin, *Liebe Frau Schiwy,*

laut Ausführungen in Ihrer Beschlussvorlage plant das Sozialreferat im Handlungsfeld Gesundheit (3.6) einen „medizinisch-psychiatrisch aufsuchenden Dienst“, der „den Mitarbeitenden der Dienststellen mit Bürgerkontakt in ihrer Arbeit mit der Zielgruppe eine medizinische Expertise“ bietet. Gleichzeitig soll „dadurch ein für Betroffene barrierearmes und aufsuchendes medizinisch/psychiatrisches Beratungsangebot“ entstehen. Dieses Vorhaben bildet sich auch im Antragspunkt 5 der Beschlussvorlage ab.

Es ist für das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) nachvollziehbar, dass insbesondere die Bezirkssozialarbeit (BSA), aber auch weitere Dienststellen des Sozialreferates einen Bedarf an fachlicher Unterstützung im Umgang mit psychisch erkrankten Kundinnen und Kunden haben. Dies betrifft sowohl die spezifische Qualifikation der Mitarbeitenden als auch die Überprüfung eines Vorgehens in Einzelfällen. Kooperationen mit dem RGU sowie den Trägern externer Sozialpsychiatrischer und Gerontopsychiatrischer Dienste bestehen zwar, können diesen Bedarf aber aus Sicht der BSA offenbar nicht ausreichend decken.

Dem Vorhaben eines internen Fachdienstes zur Unterstützung der Dienststellen des Sozialreferates steht aus Sicht des RGU nichts entgegen.

Nachdem es außerordentlich schwierig ist, Fachärztinnen oder Fachärzte für Psychiatrie und Psychotherapie für die Stadtverwaltung zu gewinnen, regen wir an, auch die Einstellung von Psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten zu erwägen.

Darüber hinausgehende Planungen, wonach dieser Fachdienst aufsuchend und vor Ort beratend für die Kundinnen und Kunden tätig werden soll, müssen aus Sicht des RGU aber abgelehnt werden, weil damit eine Parallelstruktur zum bestehenden ambulant-psychiatrischen Versorgungsangebot aufgebaut würde. Ambulante, auch aufsuchende sozialpsychiatrische Beratung und Unterstützung wird durch die Sozial- und Gerontopsychiatrischen Dienste geleistet und durch den Bezirk Oberbayern als überörtlichem Träger der Eingliederungshilfe finanziert. Das RGU bezuschusst die Dienste und unterhält eigenes Personal, um polizeilich auffällig gewordenen Bürgerinnen und Bürgern gemäß Art. 13 des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes in Kooperation mit der BSA stadtweit Beratungsangebote zu machen. Hierfür werden die Personen bei Bedarf auch vor Ort aufgesucht. Für Akutsituationen besteht eine Kooperationsvereinbarung der BSA mit dem Krisendienst Psychiatrie. Wenn die Personalressourcen für die erforderliche aufsuchende Arbeit bei den vorgesehenen Diensten quantitativ oder/und qualitativ nicht ausreichen, um die Arbeit der BSA angemessen zu unterstützen, so sollte eine Aufstockung der bestehenden Strukturen gefordert und in Kooperation mit dem RGU und dem Bezirk Oberbayern konzipiert und umgesetzt werden.

Das Referat für Gesundheit und Umwelt kann deshalb die Beschlussvorlage nur vorbehaltlich folgender Änderungen mit zeichnen:

- Seite 11, letzter Spiegelstrich bitte ersetzen
„Unterstützung für Dienststellen des Sozialreferates im Kontakt mit psychisch erkrankten Bürgerinnen und Bürgern
Nachdem die Krankenkassen die Finanzierung der Arztleistungen in den Sozialpsychiatrischen Diensten (SpDi) 2003 komplett eingestellt haben, werden die Leistungen in den SpDi vorrangig durch psychologisches und sozialpädagogisches Fachpersonal erbracht. Zudem bestehen bei den ambulanten psychiatrischen Diensten nur begrenzte Ressourcen zur Kooperation mit der BSA. Durch die Einrichtung einer psychiatrischen Fachstelle im Sozialreferat kann den Mitarbeitenden der Dienststellen mit Bürgerkontakt in ihrer Arbeit mit der Zielgruppe eine medizinische Expertise angeboten und die weiterführende Kooperation mit ambulanten psychiatrischen Diensten und Arztpraxen unterstützt werden.
Darüber hinaus ist in Kooperation mit dem RGU zu ermitteln, wie hoch der Bedarf an aufsuchender (sozial-)psychiatrischer Arbeit ist und wie dieser gedeckt werden kann.“
- Seite 14, Antragspunkt 5 bitte ersetzen
„Das Sozialreferat wird beauftragt, ein Konzept für eine psychiatrische Fachstelle zur Unterstützung von Dienststellen des Sozialreferates sowie zur Ermittlung des Bedarfs an aufsuchender sozialpsychiatrischer Arbeit in Kooperation mit dem RGU zu entwickeln und dem Stadtrat zur weiteren Entscheidung vorzulegen.“
- S. 11, erster Absatz, 2. Satz (-vorsorge statt -versorgung) bitte korrigieren
„Besondere Notwendigkeit besteht hier beispielsweise in den Bereichen der (aufsuchenden) Gesundheitsvorsorge und -förderung und der Verbesserung der Zugangswege zur medizinischen Versorgung. Dies gilt für armutsbetroffene Familien, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung oder chronischer Krankheit und für geflüchtete Menschen, aber in besonderem Masse trifft es auf Menschen ohne Krankenversicherung zu.“
- Punkt 3.8, Stellungnahme zum Exkurs Energiearmut
Aus Sicht von RGU-UVO wäre eine differenziertere Darstellung der Energiepreise sinnvoll: Die Energiewende führt über die EEG-Umlage zu höheren Strompreisen. Preise für Heizenergie sind davon grundsätzlich nicht betroffen (Ausnahme: Heizungen, die mit Strom betrieben sind).
Des Weiteren sollte betont werden, dass energetische Sanierungen die Ausgaben für Heizenergie für Mietende reduzieren (über die Nebenkosten). Nur durch die Umlage der Sanierungskosten auf die (Kalt-)Miete können letztendlich höhere Gesamtkosten für Mietende entstehen.
Die erwähnten Studien sollten mit Quellenangaben versehen werden.

Wir bitten Sie, diese Stellungnahme der Beschlussvorlage als Anlage beizulegen.

Mit freundlichen Grüßen,

Stephanie Jacobs
Referentin für Gesundheit und Umwelt

